

„Sondervermögen reicht nicht aus“

Heeresinspekteur Mais warnt

Berlin. Das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr wird nach Einschätzung von Heeresinspekteur Alfons Mais nicht für eine Vollausstattung ausreichen. Der Generalleutnant sieht aber Fortschritte im Beschaffungsprozess. „Ich sehe einen sehr großen Druck, die Nachbeschaffungen jetzt mit größtem Tempo voranzubringen. Wir haben die Leopard-Panzer noch nicht abgegeben und überlegen richtigerweise schon, wie wir sie schnellstmöglich ersetzen können“, sagte Mais am Sonntag. „Bei der Panzerhaubitze und bei den Raketenwerfern hat es sehr lange gedauert, aber auch dort ist jetzt ein extrem hoher Druck drauf.“

Neben dem Ersetzen von Material, das an die Ukraine abgegeben wurde, sei der „materielle Aufwuchs in Richtung Vollausstattung“ wichtig, betonte Mais. „Das Sondervermögen alleine wird dafür jedoch nicht reichen.“ Mais hatte unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die jahrelange Vernachlässigung bei der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ungewöhnlich scharf kritisiert. Die Bundeswehr stehe „mehr oder weniger blank da“, hatte er geschrieben und damit einigen Wirbel ausgelöst. „Ich versuche, den Begriff blank nicht mehr zu verwenden. Das wird der Lage heute, ein Jahr später nicht mehr gerecht“, sagte Mais nun. Es habe sich seitdem viel getan und die Einsatzbereitschaft dürfe nicht auf das Material verengt werden. „Die Dinge bewegen sich nach vorne.“

Die Hilfe für die Ukraine sei eine „riesige Kraftanstrengung, die aber sein muss“. Die Truppe wisse das, frage aber nach der Zukunft. Mais bekräftigte frühere Aussagen, dass er fest vom modernen Schützenpanzer Puma als Ersatz für den Schützenpanzer Marder überzeugt sei, nachdem Hintergründe der Schäden bei einer Übung im Dezember aufgeklärt seien. „Ich habe daher ein extrem hohes Interesse daran, dass die Bremse beim Puma zeitnah wieder gelöst wird“, sagte er. Wichtig sei der Einstieg in das sogenannte zweite Los – eine zweite Großbestellung des Waffensystems. DPA

LETZTE GENERATION

Bedingungen für Stopp der Klimaproteste

Berlin. Die Klimaschutzgruppe Letzte Generation bietet weiterhin einen Stopp ihrer Proteste im ganzen Land an, wenn die Bundesregierung auf ihre Forderungen eingeht. „Die Bedingungen hierzu haben wir klar kommuniziert: Die Wiedereinführung des Neun-Euro-Tickets, ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen sowie die Einberufung eines Gesellschaftsrats zu der Frage, wie wir bis 2030 Nullmissionen erreichen“, sagte ihr Sprecher Jakob Beyer. Hintergrund ist der kürzlich zugesagte Stopp der Klebproteste in Hannover. Dort hatte Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) den Aktivisten nach einem Treffen versichert, deren Forderung nach einem Gesellschaftsrat mit einem Brief an die demokratischen Bundestagsfraktionen zu unterstützen. DPA

MISSBRAUCHSSKANDAL

Durchsuchungsbeschluss gegen Münchner Erzbischof

München. Die Staatsanwaltschaft ist nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ mit einem Durchsuchungsbeschluss beim Erzbischof München und Freising vorstellig geworden. Die Aktion soll im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche stehen. Das Erzbischof wollte sich am Sonntag nicht äußern, die Staatsanwaltschaft war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Gegen Kardinal Reinhard Marx richteten sich die Ermittlungen nicht, schreibt die Zeitung weiter. DPA

MIGRATION

Kommunen: Nur Flüchtlinge mit Bleiberecht verteilen

Berlin. Angesichts der Nöte der Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen hat der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, eine restriktivere Verteilung vom Bund gefordert. Es sei sinnvoll, ankommende Menschen „nur auf die Kommunen zu verteilen, wenn sie eine realistische Bleibeperspektive haben“, sagte Landsberg der „Welt am Sonntag“. „Das Thema Zuwanderung und Migration wird uns noch Jahrzehnte beschäftigen und die Hoffnung, irgendwie lösen sich die Probleme in den nächsten Jahren von allein, ist nicht gerechtfertigt“, sagte er. Es herrsche große Hilfsbereitschaft, allerdings müssten auch der illegalen Einwanderung Grenzen gesetzt werden. DPA

Friedlicher Aufstand für den Frieden

Umstrittene Demo: Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer bringen ihre Forderungen auf die Straße

VON ANDREAS RABENSTEIN

Berlin. Plakate mit Friedenstauben, dazu der Ruf nach einem Waffenstillstand im Ukraine-Krieg und Friedensverhandlungen mit Russland: Trotz Schneeregen und Kälte sind am Sonnabend in Berlin einige Tausend Menschen einem Aufruf von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer zu einer Kundgebung unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“ gefolgt. Die Linke-Politikerin und die Frauenrechtlerin wollten damit ihre Forderungen aus ihrem umstrittenen „Manifest für Frieden“ untermauern.

Die Polizei sprach nach der Kundgebung am Brandenburger Tor von etwa 13.000 Teilnehmern – die Veranstalter bezifferten die Zahl auf 50.000. „Der Verlauf war weitgehend störungsfrei“, bilanzierte ein Polizeisprecher am Sonntag. 1400 Kräfte seien im Einsatz gewesen. Vorab waren wegen des erwartbar breiten politischen Spektrums der Demonstranten Konflikte befürchtet worden. Die Veranstaltung stieß teilweise auf heftige Kritik, nicht nur, weil sich vereinzelt Rechte und Rechtsextreme unter die Teilnehmer mischten. Kritiker warfen Schwarzer und Wagenknecht Naivität und Irreführung vor.

Auf der Bühne forderte Wagenknecht, teils vom Publikum jubelt, erneut einen Stopp von Waffenlieferungen an die von Russland angegriffene Ukraine und mahnte Friedensverhandlungen an. Es gehe darum, „das

„Nichts, was sich vor dem Brandenburger Tor abgespielt hat, hilft der Ukraine.“

Katja Mast, SPD-Parlamentsgeschäftsführerin

furchtbare Leid und das Sterben in der Ukraine zu beenden“ und Russland ein Verhandlungsangebot zu unterbreiten, „statt einen endlosen Abnutzungskrieg mit immer neuen Waffen zu munitionieren“. Es gelte, das Risiko einer Ausweitung des Krieges auf ganz Europa und womöglich die Welt zu bannen. Dieses Risiko sei „verdammt groß“.

Ebenso wie andere Politiker der Ampel-Koalition hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorab scharfe Kritik an den Forderungen von Schwarzer und Wagenknecht geübt. Sie wollten etwas als Frieden verkaufen, das ein „imperialistischer Diktator“ Europa aufzwingen, sagte der Vizekanzler am Freitagabend in der ARD. Wenn sich das durchsetze, wäre das nach seinen Worten eine Einladung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, die nächsten Länder zu überfallen. „Das ist kein Frieden, das ist eine Chimäre, die da aufgebaut wird, das ist eine politische Irreführung der Bevölkerung.“

Zahlreiche weitere prominente Politiker auch von SPD und Linken hatten sich von dem Demo-Aufruf abgegrenzt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatten deutlich gemacht, dass sie die Überzeugung im „Manifest für Frieden“ nicht teilten. Im Internet erklärten bis Sonntagmittag hingegen mehr als 670.000 Menschen ihre Zustimmung zum „Manifest“.

Ihre Sorgen und ihren Grund für die Teil-



Vor dem Brandenburger Tor in Berlin haben am Sonnabend mehrere Tausend Menschen für ein Ende des Krieges in der Ukraine und die Aufnahme von Friedensverhandlungen demonstriert. Aufgerufen zu der Demonstration hatten Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, die vor Kurzem ihr umstrittenes „Manifest für den Frieden“ veröffentlicht hatten.

FOTO: GATEAU/DPA

nahme brachte eine ältere Frau vor Ort so auf den Punkt: „Es geht um unsere Welt. Wenn wir nicht gegen den Krieg was tun in der Ukraine und in Russland, dann kommt es zum Dritten Weltkrieg. Und wahrscheinlich zum Atomwaffenkrieg – und dagegen sind wir ganz strikt.“

Frauenrechtlerin Schwarzer nannte es auf der Bühne „durchaus richtig, den von Russland brutal überfallen Ukrainern mit Waffen zur Seite zu stehen – zunächst, um sich zu verteidigen“. Deshalb sei es nun richtig, „nach einem Jahr Tod und Verwüstung nach dem Ziel dieses Krieges zu fragen und nach seiner Verhältnismäßigkeit.“ Wagenknecht rief zu einem „Startschuss für eine neue starke Friedensbewegung“ auf. Neonazis und Reichsbürger hätten selbstverständlich auf der Kundgebung nichts zu suchen.

Die Polizei sprach von kleineren Handgreiflichkeiten am Rande der Veranstaltung. Zudem lieferte sich laut der Behörde eine Gruppe linker Gegendemonstranten eine lautstarke Auseinandersetzung mit dem He-

rausgeber des „Compact-Magazins“, Jürgen Elsässer. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft das Magazin als erwiesenen rechts-extremistische Bestrebung ein. Ein Polizeisprecher sagte nach der Demo, die Polizei habe keine Kenntnis von Rechtsextremen vor Ort.

„Da waren einfach Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.“

Alice Schwarzer, Demo-Organisatorin

Vereinzelte waren auf Plakaten Medienkritik und Verweise auf die Corona-Politik zu lesen. Nach AfD-Angaben waren zahlreiche ihrer Mitglieder vor Ort. SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Katja Mast teilte mit: „Rechtsextreme, Holocaustleugner und

Unterstützer Russlands waren auf der Demonstration. Das ist schlimm und schadet Deutschland. Nichts, was sich vor dem Brandenburger Tor abgespielt hat, hilft der Ukraine. Frauenrechtlerin Schwarzer sagte nach der Demo: „Es war eine so friedliche und fröhliche Stimmung. Keine parteigebundene Stimmung, keine Sektensituation. Da waren einfach Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.“ Natürlich könne sie nicht ausschließen, dass einzelne Rechte da gewesen seien, es könne sich dabei dann aber nur um eine verschwindende Minderheit gehandelt haben.

Vor Ort waren viele ältere Menschen zu sehen. Viele Slogans und Fahnen stammten aus der Friedensbewegung der 1980er-Jahre. Gezeigt wurden außerdem Transparente der Linkspartei. Die Veranstaltung war größer als die am Tag zuvor, als nach Angaben der Polizei mehr als 10.000 Menschen in Berlin gegen den Krieg demonstriert und Unterstützung der Ukraine gefordert hatten.

Kommentar Seite 2

Mehr Geld für Millionen Verbraucher

Das ändert sich im März: Preisbremse, Maskenpflicht, Energiepauschale

VON CORINNA SCHWANHOLD

Berlin. Mit dem Frühlingsbeginn wird wieder an der Uhr gedreht: Ende März kommt auf die Menschen in Europa die Zeitumstellung zu. Was sonst noch im März zu erwarten ist – ein Überblick:

Energiepreispensen: Die Energiepreispensen für Millionen Bezieher von Gas, Strom und Fernwärme greifen ab dem 1. März und werden rückwirkend auch für Januar und Februar berechnet. Verbraucher müssen nichts tun – Entlastungen kommen automatisch über die Abrechnung beziehungsweise über niedrigere Abschlagszahlungen. Der Branchenverband BDEW bittet wegen der komplexen Regeln um Geduld.

Masken- und Testpflichten: Die Maskenpflicht für Beschäftigte und Bewohner von Kliniken, Pflegeheimen und Arztpraxen fällt zum 1. März – Ausnahmen gelten für Besucher, die bis zum 7. April Maske tragen müssen. Die verbliebenen Testpflichten etwa für Besuche in Krankenhäusern und Pflegeheimen fallen zum 1. März generell weg. Damit folgen die Vorgaben dem Zeitplan zur Finanzierung: Das bereits stark zurückgegangene Angebot kostenloser „Bürgertests“ für alle auch ohne Symptome läuft nur noch bis einschließlich 28. Februar.

200-Euro-Pauschale: Studenten und Fachschüler sollen ab dem 15. März die lang erwartete Energiepreispauschale in Höhe von 200 Euro beantragen können. Die rund 3,5 Millionen Berechtigten benötigen für den Antrag ein Bund-ID-Konto zur Identifizierung. Wann das Geld dann wirklich auf dem Konto der Antragsteller ankommt, ist noch unklar.

Sommerzeit: In Deutschland wird wieder an den Uhren gedreht, und zwar am Sonntag,

26. März. Um 2 Uhr werden die Zeiger dann um eine Stunde auf 3 Uhr vorgestellt. Der letzte März-Sonntag ist also eine Stunde kürzer, dafür ist es ab diesem Zeitpunkt abends spürbar länger hell. Die Sommerzeit endet wieder am letzten Sonntag im Oktober.

Poststreiks: Kunden der Deutschen Post müssen sich (Stand: 25. Februar) weiter auf Behinderungen einstellen: Bis zum 8. März können Gewerkschaftsmitglieder darüber entscheiden, ob es einen unbefristeten

Arbeitskampf gibt. Das Ergebnis der Urabstimmung soll am 9. März bekannt gegeben werden. Der Versand von Briefen oder Paketen dürfte bei einer Zustimmung noch stärker beeinträchtigt werden.

Versicherungskennzeichen: Vom 1. März an dürfen Mofas, Mopeds und E-Roller nur noch mit schwarzem Kennzeichen unterwegs sein. Sie sind bei den Versicherern erhältlich. Die Farbe der Kennzeichen wechselt jährlich zwischen Schwarz, Grün und Blau, um schnell zu erkennen, ob der Versicherungsschutz aktuell ist.

Bahn-Lounges: Die Deutsche Bahn schränkt den Zugang zu ihren speziellen Wartebereichen an großen Bahnhöfen ein. Wer die Lounges ab 1. März nutzen will, braucht eine Fernverkehrsfahrkarte. Bisher konnten auch Bahnbonus-Statuskunden die Bereiche nutzen.

Leitzinsen: Der Rat der Europäischen Zentralbank kommt am 16. März zu seiner turnusmäßigen Zinssitzung zusammen. Es gilt als ausgemacht, dass die Währungshüter angesichts der Inflation die Leitzinsen erneut erhöhen werden. Steigende Leitzinsen bedeuten für Verbraucher in der Regel teurere Kredite und höhere Zinsen auf Sparguthaben.

Ab kommenden Mittwoch fällt auch die Maskenpflicht in Gesundheitseinrichtungen für Beschäftigte und Bewohner weg.

FOTO: ARCHIV/DPA

